

Niedrige Strompreise durch höheren Wettbewerb?

Kann der Verkauf der Stromverteilungsanlagen an Drittanbieter den Wettbewerb steigern und die Strompreise senken?

Von Andres Müller

Mit dieser Fragestellung, die allgemein in den Medien und von den sogenannten Experten diskutiert wird, wird der Blick von der Tatsache abgelenkt, daß deutsches Produktivvermögen seit Jahren an das Internationale Kapital abgegeben wird.

Deutsche Energieversorger sind Monopole und seit 2005 sind sie mehrheitlich im Eigentum des „Internationalen Kapitals“. Die deutsche Politik hat internationalen Kapitalanlegern den Zugriff auf deutsches Produktivvermögen ermöglicht und sie ist jetzt wieder dabei, weitere Eigentumsübertragungen zu organisieren.

Eigentlich sollte die Energieversorgung in Deutschland privatisiert werden, um den Wettbewerb auf den Energiemärkten zu ermöglichen, um damit die Strompreise zu senken. So haben es die Politiker damals den Deutschen eingeredet.

Doch die reale Entwicklung hielt sich nicht an diese Versprechungen. Nach einer kurzen Phase der Preissenkungen sind die Energiepreise weit stärker angestiegen als je zuvor. Die Privatisierung hatte Energieerzeuger-Monopole entstehen lassen. Und Monopole können bekanntlich höhere Preise auf dem Markt erzwingen als viele miteinander konkurrierende Anbieter. Und das haben die Privatisierungsideologen, die Experten aus der Ökonomie und Politik nicht voraussehen können?

Soviel Dummheit kann man diesen Eliten aus Politik und Wirtschaft nicht abnehmen. Die nackte Wahrheit ist, daß das internationale Kapital die Privatisierung der ehemals staatlichen deutschen Versorgungsunternehmen angestoßen und dazu genutzt hat, um sich deutsches Produktiveigentum aneignen zu können. Dazu hat man sich der deutschen Geschäftsführer (Manager) bedient, deren Aufgabe es war, Monopolstrukturen aufzubauen. Die haben das auch für gutes Geld gemacht! So konnte man den Deutschen Monopolgewinne abpressen, die weit über den Renditen von Marktgewinnen bei funktionierendem Wettbewerb lagen.

Das Eigentum am Produktivvermögen benötigte das internationale Anlagekapital, um die Monopolgewinne aus Deutschland abschöpfen zu können. Früher war es die Aufgabe der staatlichen Energieversorger, den Strombedarf kostendeckend und auch für die Zukunft sicherzustellen. Eventuelle Gewinne kamen dem Staat als Eigentümer zugute. In Höhe dieser Gewinne brauchte er weniger Steuern erheben. Das alles ist jetzt anders geworden.

Hatten denn die politisch verantwortlichen Exekutivorgane der von den sogenannten Volksparteien gestellten Regierungen keine Ahnung, welche Schäden sie anrichten oder haben sie das sogar mit vollem Wissen getan? Haben sie, mangels eigener Kompetenz einfach den „Einflüsterern“ aus dem kapitalgesteuerten Lager der neoliberalen Ideologen vertraut? Seit der unseligen Weichenstellung durch die Regierung Kohl haben alle Deutschen Regierungen diese Entwicklung in die Globalisierung weiter getrieben. Zum Schaden des Deutschen Volkes, das vor Beginn der EU-? und der Strangulierung durch die gemeinsame Euro-Währung einmal an der Spitze der Pro-Kopf-Einkommen in Westeuropa lag. Das hat sich gründlich geändert. Man hat die Deutschen nach unten an das Ende der Rangliste durchgereicht.

Trotz der Privatisierung muß der Strommarkt heute staatlich reguliert werden. Das hätte man auch ohne Privatisierung erreichen können. Jetzt plärren die neoliberalen Ideologen, die eigentlich wohlbestalltes und gut bezahltes Vollstreckungspersonal des Großkapitals

sind, erneut nach mehr Wettbewerb. Den soll der Staat gewährleisten, in dem er ausländischen Anbietern den Zugang zum deutschen Markt öffnet. Doch die ausländischen Anbieter am Strommarkt haben ähnliche Monopolstellungen und sie dürfen den billigeren Atomstrom produzieren! Damit würden die Monopolanbieter nicht weniger, nur die Monopole würden größer.

Aber man hat noch einen zweiten Schachzug in petto. Man will die hiesigen Energieerzeuger zwingen, ihre Stromverteilungsnetze zu verkaufen. Natürlich kommen als Käufer wieder an erster Stelle die internationalen Kapitalanleger in Frage, denen man eine weitere Gewinnquelle erschließen will. Das verlangt zufälliger Weise auch die EU-Kommission in Brüssel(!) Die bundesdeutsche Netzagentur übernimmt die Rolle des Handlagers in diesem Geschäft. Sie hat die Aufgabe übernommen, für die Stromverteilung – wohlgemerkt nur für die Stromverteilung – Preisobergrenzen festzulegen, die von den Stromanbietern (die gleichzeitig auch Stromerzeuger sind) nicht überschritten werden dürfen. Damit sollen die Energiekonzerne in Deutschland gezwungen werden, das Stromverteilungsgeschäft abzugeben. Die Bundesnetzagentur, auch Regulierungsbehörde genannt, will für die Stromverteilung nur eine Rendite von 3,9% erlauben¹.

EON und [RWE](#) verlangen demgegenüber eine Mindesteigenkapitalrendite von 7,9% aus der Sparte Stromverteilung. Die Eigenkapitalrendite (aus Stromerzeugung und Stromverteilung) von EON im Jahr 2006 betrug 13,7%². Bei RWE errechnet sich sogar eine Rendite von 27,2%³. Somit wird ersichtlich, daß die Privatisierungsideologen, die eigentlich deutsches Produktiveigentum an das internationale Anlagekapital verscherbeln wollen, ein Problem bekommen. Bei der von der Regulierungsbehörde festgelegten niedrigen Renditeobergrenze wird sich kein Kapitalist aus dem Ausland finden, der das Stromnetz in Deutschland erwerben will.

Und so stößt sich die neoliberale Wettbewerbsideologie am Dilettantismus ihres Exekutivpersonals. Es sind allesamt hochdotierte Experten, Experten, auf die das Deutsche Volk gut und gerne verzichten könnte und sollte!

Leider ist der aufgezeigte Widerspruch nur allzuleicht aufheben. Nach dem Verkauf der Stromverteilungsanlagen wird die Regulierungsbehörde erklären, daß jetzt der freie Wettbewerb gewährleistet sei, weshalb die Höchstpreisbindung wieder aufgehoben werden könne!

Wir dürfen gespannt sein, ob der abgekartete Schwindel wirklich den hier prognostizierten Verlauf nehmen wird?

© www.hpatzak.de 04.05.2008

¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 02.05.2008 Seite 14.

² Vgl. <http://www.eon.com/de/investoren/1020.jsp>.

³ Vgl. Geschäftsbericht von RWE für das Jahr 2007.